

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
13 / 2006

Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Toleranz?

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005
- MUSICA PRO PACE 2005
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Dr. des. Daniela De Ridder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redakt. Mitarbeit: Andrea Dittert, Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Silke Voss
Einband: Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter
Verwendung der »Komposition Nr. 118« von Friedrich Vordemberge-Gildewart
(Osnabrück 1899 – 1962 Ulm) aus dem Jahr 1940. Mit freundlicher Genehmigung:
© Kunsthaus Lempertz, Köln

Mit Dank für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche an:

– die Oldenburgische Landesbank AG
– die RWE Westfalen-Weser-Ems AG
– den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e. V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766
ofg@uni-osnabrueck.de – www.friedensgespraeche.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2006

© 2006 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.
Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 10: 3-89971-337-0
ISBN 13: 978-3-89971-337-4
ISSN: 0948-194-X
[nur Buchhandelsausgabe]

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial: <i>Toleranz – ein Ideal verblasst</i>	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005

<i>Europa quo vadis? – Regierbarkeit, Demokratie und Friedensfähigkeit der EU</i> Mit Gesine Schwan und Volker Rittberger	19
<i>Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Duldsamkeit?</i> Mit Manfred Lahnstein und Ernst G. Mahrenholz	41
<i>Gesundheit: Ware oder öffentliches Gut?</i> Mit Ellis Huber und Karl Lauterbach.	61
<i>Wie gehen wir mit dem Fundamentalismus um?</i> Mit Karl Kardinal Lehmann und Nadeem Elyas.	81
Mart Laar, Tallinn <i>Europa sieht Deutschland: Die baltische Perspektive</i>	109
<i>Positionsbestimmung für die deutsche Außenpolitik – Schritte zu einer neuen Weltfriedensordnung</i> Mit Wolfgang Schäuble, Claudia Roth, Klaus-Peter Siegloch	125

II. GMUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2005

Stefan Hanheide, Osnabrück » <i>Erinnerung an 1945</i> « – Olivier Messiaen: » <i>Et expecto resurrectionem mortuorum</i> « und Johannes Brahms: » <i>Ein deutsches Requiem</i> «.	149
---	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Jochen Oltmer, Osnabrück
*Aktive Intoleranz und beschränkte Duldung:
Osteuropäische Juden in der Weimarer Republik* 159

Reinhold Mokrosch, Osnabrück
Djihad – Religion und Gewalt 173

Klaus von Beyme, Heidelberg
Kulturelle Vielfalt und demokratische Konfliktbewältigung 183

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 207
Abbildungsnachweis 213



Positionsbestimmung für die deutsche Außenpolitik – Schritte zu einer neuen Weltfriedensordnung

Podiumsveranstaltung zum Osnabrücker Friedenstag
am 26. Oktober 2005 in der Stadthalle Osnabrück

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft
für die Vereinten Nationen – DGVN

<i>Dr. Wolfgang Schäuble MdB</i>	Stellvertretender Vorsitzender der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
<i>Claudia Roth MdB</i>	Parteivorsitzende von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Beauftragte der Bundes- regierung für Menschenrechte und Hu- manitäre Hilfe im Auswärtigen Amt a.D.
<i>Klaus-Peter Siegloch</i>	Stellvertretender Chefredakteur des ZDF und Leiter der Hauptredaktion Aktuelles – Gesprächsleitung

Klaus-Peter Siegloch: Im zurückliegenden Bundestags-Wahlkampf war über die deutsche Außenpolitik eigentlich nur wenig zu hören. Und auch die Diskussionen über den EU-Beitritt der Türkei hatten wohl eher einen innenpolitischen Hintergrund. Auch bei den Koalitionsverhandlungen sah es so aus, also ob in der Außenpolitik zwischen den Parteien keine großen Kontroversen bestünden. Vielleicht ist es symptomatisch für diese Situation, dass der designierte Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* bisher in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist.

Die Schlussfolgerung liegt nahe: Außenpolitik ist nicht so wichtig in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit nicht sinken will und die Sozialsysteme implodieren. Das wäre aber ein gefährlicher Trugschluss, denn Außen- und Innenpolitik sind ebenso schwer voneinander abzugrenzen, wie es Außen- und Sicherheitspolitik oder Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind.

In diesen Bereichen ist vieles miteinander verwoben, wie einige aktuelle Geschehnisse zeigen: In London jagten einige junge, dort aufgewachsene Muslime aus Empörung über den Irak-Krieg völlig unbeteiligte Zivilisten in die Luft. ›Terrorismus‹ zeigt sich als ein nicht mehr ungreifbares ›internationales Problem‹, sondern eben auch als ein nationales. In Deutschland hat es uns mit dieser Härte glücklicherweise bisher nicht getroffen.

Ein anderes Beispiel: Weil slowakische Arbeiter für deutlich geringere Löhne gleiche Qualität abliefern, werden Arbeitsplätze nach Bratislava verlagert. Dies ist ein Thema für den so genannten ›Sozialgipfel‹ der EU. Hierbei zeigen sich Außenpolitik, Europapolitik und auch Sozial- und Wirtschaftspolitik als miteinander verbunden. Noch ein Beispiel: China erlebt einen beispiellosen Wirtschaftsaufschwung und kauft u.a. die Erdölmärkte leer. Auch deshalb steigen an den Zapfsäulen die Benzinpreise. Unsere Abhängigkeit von Rohstoffen wächst, und wir bemerken die Reichweite dessen, was am anderen Ende der Welt passiert, in unserem Portemonnaie. Das letzte Bild zum Auftakt für unser Thema: Weil Millionen Afrikaner aus der Armut fliehen wollen, wächst der Druck, Europa zu einer Art Festung auszubauen.

Müssen wir nicht doch die Bereitschaft entwickeln, Geld auszugeben, um die Armut und deren Ursachen dort zu bekämpfen, wo sie entstehen?

Diese außenpolitischen Fragen weisen immer wieder auch zurück in die Innenpolitik, und von den Antworten darauf hängt viel für den Weltfrieden ab. Wir erhoffen uns an diesem Abend von Frau Roth und Dr. Schäuble einige weiterführende Antworten. Als Grundlage für die Diskussion hören wir von beiden einige einleitende Überlegungen zu diesem großen Themenkreis. Darum bitte ich zunächst Frau Roth.

Claudia Roth: Mir ist das Thema ›Friedenspolitik‹ auch auf Grund meiner Herkunft sehr nahe: Augsburg ist wie Osnabrück eine ›Friedensstadt‹. Der vor 450 Jahren in Augsburg geschlossene Religionsfriede hat – wie der Westfälische Friede – eine große Bedeutung auch für unsere Zeit: Der Dialog der Religionen und der Kulturen sollte Vorrang vor einer Konfrontation haben, die das Gegenteil von Frieden brächte.

Wir leben heute nicht mehr in der Welt des ›Kalten Krieges‹, sondern in einer *multipolaren* Welt. Leider müssen wir feststellen, dass damit nicht alle Schwierigkeiten und Bedrohungen verschwunden sind. Sogar neue Probleme und Herausforderungen sind entstanden. Es muss uns aber darum gehen, Mauern einzureißen, anstatt neue Mauern zu errichten. Die Bilder verzweifelter Flüchtlinge in den nordafrikanischen Küstenstädten *Melila* und *Ceuta* zeigten uns, dass Flüchtlingspolitik eng mit Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik verbunden sein muss. Wir leben in einer Welt mit vielen regionalen Krisen bei einer rasant fortschrei-

tenden Globalisierung. Diese gilt es zu gestalten. Und wir leben mit der Realität eines international agierenden Terrorismus. Beiden Herausforderungen muss sich eine Außenpolitik stellen, die sich als globale, multilaterale Sicherheits- und Friedenspolitik versteht. Es ist eine zentrale Aufgabe unseres Landes, zur Herausbildung eines stabilen *Systems der globalen, kooperativen Sicherheit* beizutragen. Hierbei spielen die Beziehungen der großen Mächte untereinander, ihre Bündnisse, das Gefährdungspotenzial regionaler Krisen und die Bedrohung durch asymmetrische Konflikte eine Rolle. Nur ein multilaterales System ist in der Lage, sich diesen globalen Herausforderungen zu stellen; dieses zu schaffen, wird eine der wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts sein.

Angesichts der neuen Probleme brauchen wir dringend einen *erweiterten* Sicherheitsbegriff, der *zivile Krisenprävention*, aber auch die Frage der natürlichen Ressourcen und damit die Frage der Ökologie einbezieht, die in hohem Maße zugleich eine friedenspolitische Frage ist. Wenn es um schwindende Ressourcen geht, drohen – so sagen es auch die Militärs – mögliche neue Kriege. Krisenprävention soll dem Ausbruch gewaltsamer Konflikte langfristig vorbeugen. Es geht um die Herstellung von verlässlichen staatlichen Strukturen, in denen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sicherheit gedeihen. Es geht um Friedenspotentiale in der Zivilgesellschaft, in Medien, Kultur und Bildung. Eine solche Politik könnte zu einer *Kultur der Konfliktprävention* werden, wenn sie Gewalt fördernden ökonomischen Interessen frühzeitig entgegengetreten und die Logik der Gewalteskalation entschärfen kann. Diese Querschnittsaufgabe von Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik, von Innen- und Außenwirtschafts- und von Finanzpolitik erfordert eine Koordination des Handelns von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.

Diese Friedens- und Sicherheitspolitik muss heute globale Umweltpolitik sein. Große Länder wie China und Indien verzeichnen starkes und schnelles wirtschaftliches Wachstum. Auch die Menschen dort haben einen Anspruch und ein Recht auf wirtschaftliche Prosperität. Dies wird aber einen rasanten Zuwachs an Energieverbrauch und eine Steigerung der Rohstoffpreise mit sich bringen. Die Menschheit nähert sich dabei ökologischen Grenzen. Hier muss unbedingt eine neue Richtung des Produzierens und des Verbrauchs gesucht werden, um möglichen Gefährdungen des Friedens zuvorzukommen. Klimaschutzpolitik ist daher kein exklusives Thema ›grüner‹ Umweltpolitik. Von ihren Erfolgen hängen Stabilität und Frieden in hohem Maße ab.

Die Einsicht in die Notwendigkeit einer globalen Umweltpolitik muss sich durchsetzen. Wir brauchen eine Politik, die die Abhängigkeiten vom Erdöl überwindet. Auch die Gewerkschaften müssen etwas unternehmen, um dies den großen Konzernen klarzumachen. Auch große und wichtige

Akteure wie die USA müssen begreifen, dass sie an der internationalen Klimapolitik mitwirken müssen.

Wir brauchen eine *nachhaltige* Entwicklung, ressourcenleicht und umweltverträglich. Dies bestätigen im Übrigen auch Militärfachleute, die die globale ökologische Dimension als ein zentrales Feld der Friedenssicherung bewerten. Zwischen diesem erweiterten Sicherheitsbegriff und der Reform der Bundeswehr besteht ein direkter Zusammenhang. Wir brauchen eine Bundeswehr, die in der Lage ist, internationale Krisenbewältigung im Rahmen der Vereinten Nationen zu leisten. Dafür ist keine *Wehrpflicht-armee* erforderlich. Wir sollten daher die Wehrpflicht abschaffen. Wir brauchen gut ausgebildete Soldatinnen und Soldaten, die besonders in Konfliktprävention ausgebildet werden. Wichtig ist, dass jeder Einsatz der Bundeswehr strikt an ein UNO-Mandat zu binden ist und dass der Einsatz der Bundeswehr im Inneren aus verfassungsrechtlichen Gründen unzulässig bleibt.

Als ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung ist mir ein Bereich besonders wichtig: Zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff gehört eindeutig und zentral die *Menschenrechtspolitik*. Sie sollte nicht als ›Traum von Gut-Menschen‹ herabgesetzt werden. Sie ist im Kern Realpolitik, sie ist Schlüsselement von Krisen- und Konfliktprävention.

Von *Mary Robinson*, der früheren Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, stammt der treffende Satz: »Die Menschenrechtsverletzungen von heute sind die Kriege von morgen.« In diesem Sinne brauchen wir eine Kultur der Prävention, eine nachhaltige Menschenrechtspolitik, die auch im Bereich der Sicherheitspolitik multilateral eingebunden sein muss. Erfolge sind nur möglich, wenn Menschenrechte von der starken Gemeinschaft getragen werden und wenn deren Verletzung mit *Sanktionen* beantwortet werden kann. Dabei hat der *Internationale Strafgerichtshof* in Den Haag entscheidende Bedeutung. Dort wird endlich damit begonnen, der Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu machen. Die Regierung der USA sollte den Widerstand gegen den Haager Strafgerichtshof aufgeben, denn nur durch eine internationale Institution können Menschenrechte wirkungsvoll geschützt werden.

Menschenrechtspolitik braucht die Verankerung im *Dialog der Kulturen*. Dabei sollten nicht die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte aufgegeben werden. Die Menschenrechte sind jedem Menschen eigen, und ihre Verteidigung ist keineswegs Ausdruck eines westlichen ›Menschenrechtsimperialismus‹, wie mir während meiner Arbeit als Menschenrechtsbeauftragte manchmal vorgehalten wurde. Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig; es darf keinen Rabatt geben! Dies muss allerdings auch für die Terrorismusbekämpfung gelten.

Jede Form des Kampfes gegen Terrorismus kann nur erfolgreich sein, wenn demokratische und rechtsstaatliche Kriterien strikt geachtet werden und die Menschenrechte gewahrt bleiben. Wo dies wie in den Gefängnissen von *Abu Graib* und *Guantánamo* offensichtlich nicht der Fall ist, muss deutliche Kritik geübt werden. Das gilt auch gegenüber der russischen Regierung in ihrem Kampf in Tschetschenien.

Das zentrale Thema in der Außen- und Friedenspolitik sollte der Kampf für eine *gerechte Globalisierung* sein. Wir müssen dazu beitragen, dass die Globalisierung gerecht gestaltet wird und dass sie den Menschen zugute kommt. In diesem Zusammenhang steht auch die *Global Compact Initiative*, die *Kofi Annan* 1999 ins Leben rief. Hierbei sollen sich nicht nur

Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, sondern auch Unternehmen und transnational agierende Konzerne dafür einsetzen und dazu verpflichtet, menschenrechtliche Standards hinsichtlich der Umwelt und der Arbeitsbedingungen in ihrem Unternehmenshandeln einzuhalten. Auch sie sollten dazu beitragen, dass diese Welt sicherer, stabiler und demokratischer wird. Hier wäre mehr Initiative auch der



Claudia Roth

deutschen Wirtschaftsunternehmen wünschenswert. Sie könnten im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und Kooperation in Russland und in China mehr dazu beitragen, dass es dort zu einer Demokratisierung kommt. Dies ist nicht nur die Aufgabe von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, sondern es liegt auch in der Verantwortung der Unternehmen und in ihrem eigenen ökonomischen Interesse. Eine richtige und sichere Investition braucht stabile Verhältnisse.

Ich denke, dass die von den Vereinten Nationen aufgestellten *Millenniums-Ziele*, darunter die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Förderung von Bildung und Gleichstellung, von Gesundheitsvorsorge und öko-

logischer Nachhaltigkeit, ganz in den Vordergrund der Politik gehören. Dafür braucht es Reformanstrengungen in den Entwicklungsländern, die wir unterstützen müssen. Und es braucht zusätzliche Mittel aus den Industrieländern sowie kreative neue Finanzierungsinstrumente, um zur Bekämpfung von Armut und zur Erreichung der Millenniums-Ziele beizutragen. Dies wäre auch eine wirkungsvolle Fluchtursachen-Bekämpfung.

Die zukünftige Bundesregierung sollte Vorbild und Vorreiter sein, wenn es um die Einlösung finanzieller Zusagen und um die Entwicklung neuer Finanzinstrumente geht, um Mittel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen – sei es, wie die Franzosen vorschlagen, eine *Tobin*-Steuer oder, wie beim G8-Gipfel vorgeschlagen, eine Kerosin-Steuer. Von den Ergebnissen der Welthandelskonferenz in Hongkong im Dezember 2005 sollten die Entwicklungsländer gerade im landwirtschaftlichen Bereich profitieren.

›Europa‹ ist für die GRÜNEN immer die wichtigste sicherheits- und friedenspolitische Perspektive gewesen. Es ist unser gemeinsames Interesse, gegen die Europa-Skepsis anzutreten und die Verfassungsdebatte voranzutreiben. Dies ist nach den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden, die keine Mehrheiten für diesen Verfassungsentwurf brachten, schwieriger geworden. Wir müssen die Angst der Menschen vor einem neoliberal geprägten Europa aufnehmen. Europa muss ein *soziales* Konzept sein, das auch im Zeichen der Globalisierung eine starke und eine gemeinsame Stimme hat. Initiativen im Europäischen Parlament für eine europaweite Volksabstimmung über diese Verfassung und über die Grundrechtscharta wollen wir unterstützen, weil sie ein Mehr an Demokratie und an Bürgerrechten mit sich bringen werden.

Wichtig bleibt unser Verhältnis zu den östlichen Nachbarn: Schwierige Themen sollten wir nicht in nationalen Alleingängen durchsetzen wollen. Die Unterstützung des Vorhabens für ein ›Zentrum gegen Vertreibung‹ in Berlin halte ich für bedenklich, weil dies ein Projekt ist, das die bestehende Sensibilität gegenüber dem Thema in Polen und Tschechien nicht berücksichtigt. Stattdessen wäre eine europäische Netzwerkinitiative zu wünschen, gemeinsam mit den Nachbarn und nicht im nationalen Alleingang. Berechtigt wäre es aber auch, den neu gewählten polnischen Präsidenten darauf hinzuweisen, dass es zu den Grundlagen und gemeinsamen Werten der Europäischen Union gehört, auf die Todesstrafe zu verzichten und Minderheiten im Land rechtlich gleichzustellen.

Nicht nur im jüngsten Wahlkampf, sondern seit geraumer Zeit erleben wir eine Kontroverse über die Frage der EU-Mitgliedschaft der *Türkei*. Für uns ist die Integration einer demokratischen Türkei in die Europäische Union von zentraler Bedeutung. Gerade der Beitrittsprozess hat glaubwürdige Reformanstrengungen und Demokratisierungsschritte in der Türkei

ermöglicht. Eine ›privilegierte Partnerschaft‹ mit der EU wäre nichts als eine Zurückweisung, und dies wäre aus sicherheits- und integrationspolitischen sowie osteuropapolitischen Gründen ein falsches Signal.

Die Erwartungen an eine *Reform der UNO* sind bisher nur sehr bedingt erfüllt worden. Es braucht viel weiter gehende Reformen z.B. im Menschenrechtsrat und was die Repräsentanz im Sicherheitsrat angeht. Dass die UNO in Zeiten der Globalisierung *die* starke Organisation sein muss, bleibt hoffentlich unumstritten. Der jüngste UNO-Gipfel ergab ein Festhalten an den *Millenniums-Zielen*, aber keine verbindliche Festlegung auf das Ziel, bis zum Jahr 2015 0,7% des Bruttosozialprodukts eines jeden Landes für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung einzusetzen. Zum Thema Abrüstung und Massenvernichtungswaffen blieben leider neue Stellungnahmen aus, da hätte ich mir deutlich mehr gewünscht.

Der internationale Terrorismus ist für die GRÜNEN eine ganz zentrale Herausforderung. Wie entscheiden wir über eine Beteiligung an militärischen Einsätzen? Ich bin davon überzeugt, dass es zum Einsatz von deutschen Soldatinnen und Soldaten in *Afghanistan* heute keine friedenspolitische Alternative mehr gibt. Wir haben es uns in dieser Frage nicht so leicht gemacht wie andere, die sofort sagten: Deutsche Soldaten haben nirgendwo auf der Welt irgendetwas zu suchen.

Ebenso entschieden, wie ich für die Beteiligung am Aufbau einer politischen Perspektive in Afghanistan bin, haben wir eine deutsche Beteiligung am *Irak-Krieg* abgelehnt. Dieser Krieg hat den Prozess der Demokratisierung im Nahen Osten sicher nicht verbessert. Unser »Nein« zu einem Krieg im Irak ist indessen nicht ›antiamerikanisch‹. Für uns sind die transatlantischen Beziehungen von enormer Bedeutung. Sie sind aber kein Selbstzweck, und daher unterstützen wir keine Politik einer US-Regierung, die wir für falsch halten. Dies deutlich zu sagen, ist für mich ein Ausdruck von *kritischer Solidarität*. Auch in den USA gibt es viele kritische Stimmen gegenüber der Bush-Administration. Es gibt viele wichtige Fragen, die wir gemeinsam angehen müssen, auch und gerade was Demokratisierungsprozesse und die globale Umweltpolitik auf dieser Welt betrifft. Kritische Solidarität muss die Grundlage von Freundschaft im transatlantischen Verhältnis sein. Sie ist alles andere als Antiamerikanismus, gegen den ich jederzeit eintreten würde.

Wolfgang Schäuble: Mit den allermeisten Zielen und Wünschen, wie sie Claudia Roth formuliert hat, stimme ich völlig überein. Deswegen ist es auch kaum überraschend, dass wir weder im Wahlkampf noch in den letzten Jahren große Kontroversen über diese Fragen hatten. Es ist sogar gut so, dass wir über alle Regierungswechsel hinweg in der 55-jährigen

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland überwiegend einig blieben. Gab es umstrittene Fragen – wie über die Westpolitik der Europäischen Union und die Westintegration in den 1950er Jahren –, so wurden die Entscheidungen von der Opposition mitgetragen. Auch die Ostpolitik war einmal umstritten, später trug die vormalige Opposition deren Ergebnisse mit. Dies ist der Bundesrepublik Deutschland insgesamt gut bekommen.

Bei den vorgetragenen Zielen und Wünschen ist zu fragen, was getan werden muss, um sie zu erreichen. In Deutschland leben 80 Millionen Menschen zumeist guten Willens, aber insgesamt gibt es 6 Milliarden Menschen auf der Welt. Wir beobachten z.B. die Chinesen mit ihrem enormen Wirtschaftswachstum: Was tun, wenn sie nicht nur Fahrrad, sondern bald auch Auto fahren wollen? Derzeit liegt das dortige Pro-Kopf-Einkommen statistisch bei 70 Dollar im Monat. Von den ärmeren Ländern der Welt ist China eines der wohlhabenden. Richtig ist, dass wir viel stärker als in früheren Zeiten von Entwicklungen in allen Teilen der Welt unmittelbar betroffen sind – im Guten und im Schlechten. So müssen wir bei dem, was wir in Deutschland tun, denken und wollen, überlegen, ob es auch global umsetzbar wäre.

Die Gemeinsamkeit der Städte Augsburg und Osnabrück als Friedensstädte – vom Augsburger Religionsfrieden zum Westfälischen Frieden – ist bestechend, aber in der Zeit dazwischen wurde der *Dreißigjährige Krieg* geführt. Es gibt Fachleute, die den globalen Zustand der Welt heute mit dem katastrophalen Durcheinander dieser ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts vergleichen. Der Augsburger Religionsfriede hat leider nicht den ewigen Frieden gebracht, sondern war Ausgangspunkt neuen, grausigen Kriegsgeschehens. Und der Westfälische Friede – mit allem Respekt vor der Friedenspolitik – ist nur erreicht worden, weil die Kriegsparteien in einen Zustand totaler Erschöpfung gekommen waren. Wer die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Mitteleuropa, Europa verfolgt, kann die Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges noch mehr als hundert Jahre weiterverfolgen. Deswegen denke ich oft in diesem Zusammenhang an *Nathan den Weisen*, der zu seiner Tochter sagt: »Begreifst du, wie viel leichter andächtig schwärmen als gut handeln ist?«

Wir müssen uns mit den Realitäten dieser Welt auseinandersetzen, wenn wir über Frieden und Friedensordnung reden. Die rot-grüne Bundesregierung hat 1999 mit der Unterstützung der CDU/CSU beschlossen, sich im Kosovo militärisch zu engagieren. Dieser friedenspolitische Einsatz im Kosovo war *nicht* durch ein UNO-Mandat abgedeckt. Dennoch war er richtig, und wir haben ihn unterstützt.

Ich will nicht den Versuch unternehmen, das von Frau Roth so engagiert Gesagte noch einmal genauso engagiert zu wiederholen, sondern einfach unser Gespräch fortführen. Meine erste Antwort ist: Angesichts

der Entwicklung in der Welt – mit ihren heute 6 Milliarden und in 30 Jahren womöglich 10-11 Milliarden Menschen – müssen wir uns bei vielen Problemen fragen, ob es eine globale Lösung geben könnte und wie sie aussieht.

Das beginnt schon beim Thema Arbeitsplätze. Niemand bei uns ist bereit, für Arbeit so viel zu bezahlen, wie wir für Arbeit bezahlt bekommen möchten, wenn wir sie selbst machen. Das ist ein Ergebnis der internationalen Arbeitsteilung. Als Verbraucher profitieren wir davon, dass in anderen Ländern billiger produziert wird. Wir kaufen von den gleichwertigen Waren diejenigen, die uns billiger angeboten werden. Niemand würde Spargel kaufen, wenn er zu deutschen Tariflöhnen hätte gestochen werden müssen. Dies übernehmen ausländische Arbeitskräfte, trotz hoher Arbeitslosigkeit bei uns. Dies gilt auch im internationalen Maßstab, wo die *World Trade Organisation* mit diesem Problem konfrontiert ist.

Auch ich bin sehr für eine Stärkung der UNO. Die Bundesregierung hat den Beitrag, den Deutschland zum Gelingen der Reform der Vereinten Nationen hätte leisten können, nicht optimal erbracht. Die deutsche Regierung hat sich stark darauf konzentriert, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat für Deutschland zu erhalten. Deutschland hat sich in eine Position begeben, die die 195 Mitgliedstaaten in der UNO hat zweifeln lassen, ob es den Deutschen wirklich in erster Linie darum geht, die UNO zu verbessern, oder nur darum, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu bekommen. Damit hat man die Möglichkeit vertan, etwas dafür zu tun, dass die Dinge insgesamt vorankommen. Wir müssen bei dem in der Präambel unseres Grundgesetzes formulierten Ziel bleiben, nämlich als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Da wir dies nicht allein bewerkstelligen können, darf es auch keinen ›deutschen Weg‹ geben.

Deswegen darf auch Europa nicht so gespalten bleiben, wie es die Europäische Union heute ist. Sie hat sich in Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren nicht so einig gezeigt, wie sie sein sollte. Es darf z.B. bei den Polen nicht das Gefühl aufkommen, sie würden durch eine neue Achse Paris-Berlin-Moskau wieder bedroht. Nur eine *gemeinsame* europäische Politik kann die Beziehungen zu Russland bestimmen, ebenso wie die atlantische Partnerschaft nur gemeinsam gestaltet werden kann. Transatlantische Beziehungen zu pflegen, heißt natürlich keineswegs, in diesen Beziehungen nicht seine Meinung zu sagen.

Wir haben immer gesagt: Was auch immer im Irak geschieht, darf nur auf Grundlage von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geschehen. Die Forderung nach einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen war in allen Äußerungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion enthalten. Am Ende haben die Amerikaner unilateral

entschieden, und das war ein Fehler. Wir haben es bedauert, dass es dazu gekommen ist. Die Folgen sind zu besichtigen. Der britische Premierminister *Tony Blair* gehört nicht zur Familie der christdemokratischen Parteien in Europa. Blair dachte, er könne die Entscheidung über einen Kriegseinsatz beeinflussen, wenn er eng an der Seite der Vereinigten Staaten bliebe. Er ist darin enttäuscht worden, und ich meine, die Lehre daraus muss lauten: Eine *gemeinsame* europäische Position hat eher eine Chance, dass sie auch in Washington Gehör findet und die Amerikaner vor dem Fehler bewahrt, einseitig zu entscheiden. Wer dagegen versuchen wollte, Europa gewissermaßen zur *Alternative* für die atlantische Partnerschaft zu machen, würde den Kontinent immer nur spalten, denn viele in Europa werden sich nicht vor diese Wahl stellen lassen wollen. Je stärker und geschlossener Europa ist und je größere Beiträge wir in dem Sinne leisten, den *wir* für richtig halten, umso mehr werden wir auch in allen Debatten in Amerika für relevant angesehen. Im Übrigen ist in der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit ein schmerzhafter Prozess des Überdenkens eingetreten. Diesen Prozess sollten wir nutzen, indem wir klarmachen, dass die Amerikaner in Europa einen verlässlichen Partner haben und dass unilaterale Entscheidungen der USA nicht der beste Weg sind. Die Amerikaner davon zu überzeugen, dass man sich am Ende den Entscheidungen der Vereinten Nationen anvertrauen muss, ist ein schwieriger Prozess. Von daher verstehen die Amerikaner auch nicht wirklich die europäische Einigung. Sie können sich gar nicht vorstellen, Teile von staatlicher Souveränität an eine andere Ebene abzugeben. Die USA sind ein Land mit einer anderen Geschichte und anderen Vorstellungen. Darüber kann man diskutieren, aber man muss es zunächst einmal als Faktum nehmen.

Ich füge jedoch hinzu: Wir haben noch nicht vom *Iran* geredet und nicht über die Verbreitung von *Massenvernichtungswaffen*. Wir haben noch nicht darüber geredet, dass mehr als 40 staatsähnliche Gebiete heute als *failing states* betrachtet werden, Staaten, in denen es keine staatliche Ordnung mehr gibt. Nicht nur Afghanistan war unter dem Taliban-Regime ein Land, in dem Terroristen ausgebildet worden sind. Auch in Afrika gibt es solche Länder. Wir haben noch kaum von all den Entwicklungen geredet, die für die internationale Sicherheit dramatische Gefahrenpotenziale beinhalten.

In dieser Lage ist es mir lieber, eine starke Führungsmacht in der Welt zu haben, als eine schwache – auch wenn die Amerikaner furchtbare Fehler machen. Die Europäer haben im vergangenen Jahrhundert viel dazu beigetragen, dass die USA heute die westliche Führungsmacht sind – wir Deutsche insbesondere. Und die Vorstellung, dass irgendein anderes Land – vielleicht Russland oder China – eine vergleichbare Rolle wie die Vereinigten Staaten von Amerika hätten, erfüllt mich nicht mit Euphorie. Des-

wegen müssen unsere Ziele die europäische Integration *und* die Stärkung der atlantischen Partnerschaft sein. Und wir müssen immer darauf hinwirken, dass sich die Amerikaner einer *multilateralen* Partnerschaft und Entscheidungsprozedur anvertrauen. Dazu ist die Chance heute größer, als sie lange Zeit war.

In den Zeiten des Ost-West-Konflikts war der Weltsicherheitsrat praktisch lahm gelegt, weil in zentralen Fragen immer ein Veto zu befürchten war. Im Fall des Kosovo-Einsatzes hat man den Weltsicherheitsrat nicht damit befasst, um die Russen nicht in die Verlegenheit zu bringen, gegen-

über ihren serbischen Brüdern Farbe bekennen zu müssen. Ich glaube, das war richtig. Heute gibt es in vielen Fragen neue Chancen, z.B. dadurch, dass wir China und Russland in internationale Kooperationen stärker einbeziehen, als es früher der Fall war. Die Verhandlungen über das Problem Nordkorea und dessen Atomwaffen kommen in den Gesprächen von China, Japan, Südkorea,



Wolfgang Schäuble

USA, Nordkorea und Russland besser voran, als je zu hoffen war. Noch immer ist auch der Ansatz, dem Problem Iran und Nuklearwaffen mit Verhandlungen zu begegnen, hoffnungsvoll und richtig: Die drei europäischen Länder Großbritannien, Frankreich und Deutschland bzw. die Europäische Union können – in Abstimmung mit den Amerikanern und hoffentlich in enger Kooperation mit Russen und Chinesen – die Chancen, den Frieden zu bewahren, schrittweise nutzen.

Dabei können auch regionale Konflikte einer Lösung näher gebracht werden: Der Konflikt zwischen Israel und Palästina bleibt immer noch von zentraler Bedeutung. Hier geht es nur mit erheblichem amerikanischen Druck weiter. In diesem Konflikt zeigt sich die Bedeutung einer Führungsmacht, die als einzige in der Lage ist, ihn vielleicht zu bewältigen.

Wir müssen dabei gleichzeitig zu den Vereinten Nationen stehen. Die Vereinten Nationen mit ihren fast 200 Mitgliedstaaten, von denen mehr als die Hälfte unsere Anforderungen an die Qualität des Regierens vielleicht nicht erfüllt, sind Realität. Das problematische Mehrheitsprinzip in den Vereinten Nationen wird stabilisiert durch den Weltsicherheitsrat mit den fünf ständigen Mitgliedern und deren Veto-Recht. Verglichen mit den realistischen Alternativen, kann man darüber streiten, was besser oder schlechter wäre. Aber leider beugt sich die Welt nicht den klugen Lösungsentwürfen, so funktioniert sie nicht.

Auch aus *christlicher Verantwortung* stellt sich die Frage: Wie muss man es machen? Denn es gibt die Verantwortung des Hausvaters, für den Frieden und die Sicherheit zu sorgen. Aber die Trennung und die Grenzen zwischen *innerer* und *äußerer* Sicherheit sind so fließend, dass niemand, kein Land, diese Verantwortung allein tragen kann. Wir können, um zu schützen, nicht auf Machtmittel verzichten. Trotzdem lassen sich die Probleme damit nicht lösen. *Konfliktprävention* heißt, dafür zu sorgen, dass es besser wird. Als Europäer werden wir in einem stärkeren Maße begreifen müssen, dass wir für *Afrika* eine besondere Verantwortung haben. Auch die Probleme auf dem *Balkan* werden wir als Europäer selber lösen müssen. Bis heute sind wir dazu nicht in der Lage. Wir mussten die US-Amerikaner bitten. Verständlicherweise wehren sich die Amerikaner gegen anschließende kluge Belehrungen der Europäer.

Auch die *Ukraine* war von der Bindung an Europa nur insoweit wirklich überzeugt, als sie zugleich für die Verbindung mit der atlantischen Gemeinschaft sorgte. Dies gilt für alle neuen Mitglieder in der Europäischen Union. Die Gewichtungen verschieben sich zunehmend nach Asien – *Nordkorea, Südostasien*. Wir müssen alles tun, um daran Anteil zu haben. Zwar fürchten manche Stimmen in der amerikanischen Debatte, *China* werde als neuer Kontrahent der USA die Nachfolge der Sowjetunion antreten. Andere sagen dagegen, dass China für eine sehr lange Zeit so sehr mit seiner Wachstumsdynamik und deren Problemen beschäftigt sein werde, dass die *defensive* Macht China dies auch bleibe.

Die Chance für eine Partnerschaft der großen Staaten – das Russland *Putins*, China, die USA, die Europäische Union – ist besser als in früheren Zeiten. Die Bedrohungen durch Probleme wie die Umweltverschmutzung, die Weltseuchen, die Migration, die Entwicklung aus der Armut, die *failing states*, den internationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind so groß, dass die Staaten viel mehr Gemeinsamkeiten als früher haben. In diese Richtung müssen wir gehen.

Noch eines zum Problem Afrika: Bei den laufenden Koalitionsverhandlungen habe ich Frau Ministerin *Wieczorek-Zeul* darin unterstützt, Kürzungen bei der Entwicklungshilfe nicht hinzunehmen. Wenn wir das Ziel

des Friedens wirklich ernst nehmen, müssen wir es in Deutschland und Europa schaffen, uns ein Stück weit über unsere Befindlichkeiten hinwegzusetzen und die Bereitschaft aufbringen, uns mehr für andere zu interessieren. Wenn wir etwas bewahren und für unsere Kinder und Enkel auch Chancen eröffnen wollen, dürfen wir uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Wir müssen viel stärker sehen, was in unserer Nachbarschaft, in Europa, auf dem Balkan, bei der Erweiterung der Europäischen Union, was in der Welt los ist. Der Mensch in seiner Ambivalenz ist unglaublich zum Guten begabt, aber leider eben auch zum Gegenteil, und dieses Potenzial bleibt uns erhalten. Daraus eine realistische, verantwortliche Politik zu machen, ist eine riesige Aufgabe. Sie gelingt nur auf dem Weg der *Integration*, so wie es die Präambel unseres Grundgesetzes sagt.

Klaus-Peter Siegloch: Mir fällt die Differenziertheit in der Argumentation, die wir häufig in der öffentlichen Debatte vermissen, positiv auf. Es gibt in der Betrachtung der internationalen Konflikte und Schwierigkeiten viele Schnittmengen. Wenn wir nach den ›Positionen für die deutsche Außenpolitik‹ fragen, sollten gleichwohl auch die Differenzen deutlich werden.

Im Verhältnis Deutschlands zu den USA zeigen sich doch deutliche Trübungen. Man kann fast sagen, dass wir mehr oder minder bedingungslos an der Seite Frankreichs stehen oder im Geleitzug mit Frankreich fahren.

Wie kann und wie soll sich die deutsche Außenpolitik in den nächsten Jahren positionieren? Ist eine ›Europäisierung‹ der Außenpolitik das Ziel? Oder ist das nicht auch wieder ein Stück Schwärmerei? Werden wir wirklich zu einer europäischen Außenpolitik kommen? Die Auseinandersetzung über den Irak-Krieg hat doch eher Gräben aufgerissen, als eine Perspektive eröffnet. Wohin, Frau Roth, soll sich die deutsche Außenpolitik entwickeln, aus der Sicht der künftigen Oppositionspartei?

Claudia Roth: Das transatlantische Verhältnis ist von ganz entscheidender Bedeutung, aber kein Selbstzweck. Natürlich gibt es die Notwendigkeit einer engen Kooperation. Die globalen Fragen sind nicht lösbar, wenn man nicht an einem Strang zieht. Das zeigen viele Beispiele wie etwa die Demokratisierungsprozesse in Afghanistan und Kosovo. Herr Schäuble betont zu Recht, dass mit der Balkan-Frage einiges auf Europa zukommt. Was bedeutet für die Balkanstaaten ›Integration in die Europäische Union‹? Wie kommen die Kriterien von Demokratie und von Menschenrechten zur Anwendung? Wie soll die Statusfrage für Kosovo behandelt werden?

Ich glaube nicht an ein getrübtetes Verhältnis zu den USA. Es muss doch möglich sein, die Politik der Regierung Bush zu kritisieren, ohne dass es gleich heißt: Verhältnis getrübt. Wenn wir die Zustände in Guantánamo aufgreifen, dann auch um auf Gefahren für die amerikanische Demokratie

hinzuweisen. Unsere amerikanischen Freunde klagen über eine Erosion der demokratischen Errungenschaften in den USA. Diese Auseinandersetzung konstruktiv zu führen, ist pro- und nicht anti-amerikanisch. Ich glaube nicht, dass Europa in der Frage des Irak-Kriegs so sehr gespalten war. Die Staats- und Regierungschefs mögen unterschiedliche Auffassungen gehabt haben, aber die Bürgerinnen und Bürger in Europa stimmten doch weitgehend darin überein, dass sie diesen Krieg im Irak nicht wollten.

Allerdings ist es ein schlimmes Zeichen, dass die EU-Verfassung in Frankreich gescheitert ist. Das ist Ausdruck einer Krise. Die europäische Entwicklung, der Erweiterungs- und Integrationsprozess, kann nur voranschreiten, wenn es eine handlungsfähige Europäische Union gibt. Diese Verfassung ist die Grundlage, ist ein Bürgerrechtsfundament für die Handlungsfähigkeit der Strukturen, für eine Geschäftsordnung dieser Europäischen Union. Opposition und Bundesregierung müssen nach Kräften dazu beitragen, Vertrauen in dieses Europa zu bilden. Diese Verfassung beschreibt in ihrer Grundrechts-Charta ein *soziales* Europa. Der Einwand, sie beinhalte hauptsächlich ein neoliberales Konzept, ist unberechtigt. Wir dürfen nicht nachlassen, sondern müssen weiter dafür werben, um die Voraussetzungen für eine größere Integration der Europäischen Union zu schaffen. Diese betrifft Länder wie Bulgarien und Rumänien; sie betrifft Kroatien und insgesamt den Balkan – und auch die Türkei.

Klaus-Peter Sieglösch: Unsere Redaktion hat einmal die Positionen der CDU/CSU zum Irak-Krieg nachrecherchiert. Dabei haben wir keine explizite Aussage dahingehend gefunden, dass die CDU/CSU für eine Beteiligung deutscher Soldaten am Irak-Krieg eingetreten wäre. Ich erwähne dies aus Gründen der journalistischen Sorgfaltspflicht.

Ich möchte aber meine Skepsis zuspitzen, was die Möglichkeiten zu gemeinsamen außenpolitischen Positionen angeht. Multilateralismus war noch nie die Stärke einer Regierung in Washington. Das ist nicht nur ein Problem der Bush-Regierung. Auch die Schwierigkeiten mit den Vereinten Nationen – die jede US-Regierung hatte – haben sich noch verschärft.

Aber wie wird die praktische Politik der Zukunft aussehen? Glauben Sie wirklich, Herr Schäuble, dass die neue, größere EU eine Chance auf eine gemeinsame *europäische* Außenpolitik hat? Und dass diese vielleicht irgendwann einmal mit einem gemeinsamen Sitz im Weltsicherheitsrat verbunden wäre?

Wolfgang Schäuble: Europa hat viele Probleme, aber gerade in den Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik haben wir alle unsere Lektionen einigermaßen gelernt. Die Briten haben aus der Irak-Debatte gelernt, dass die früher so genannte *special relationship* der englischsprachigen Völker,

von der *Churchill* immer gesprochen hatte, ihnen heute nichts mehr nützt. Großbritannien allein ist nicht mehr relevant genug, um von den Amerikanern als ein Partner wie früher ernst genommen zu werden. Diese Lehre ist eine Chance: Wir haben in vielen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in Europa große Gemeinsamkeiten. Das Beispiel *Iran*, ein schwieriges und dringendes Problem, wurde schon genannt. Wir Europäer sind uns in der Zielrichtung einig. Die Verhandlungen führen die drei wichtigsten europäischen Staaten – Großbritannien, Frankreich und Deutschland –, wobei der Generalsekretär des Europäischen Rates und Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik *Javier Solana* dabei ist. Richtig ist, sich dabei mit den Amerikanern und Russen abzustimmen.

Wir haben ein Problem mit Frankreich: dort gibt es eine spannende innenpolitische Entwicklung. Die Geschehnisse in 50 Jahren deutsch-französischer Freundschaft sind eine Grundbedingung für die deutsche Außenpolitik und auch für eine europäische Einigung. Schon im Jahr 1963 bei der Ratifizierung des *Elysée*-Vertrags, den *Adenauer* und *de Gaulle* schlossen, stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit zu. Klar war aber immer, dass die deutsch-französische Freundschaft sich nicht gegen andere richten darf. Die Franzosen haben mit ihrem Abschied von der Weltmacht größere psychologische Probleme; wir haben uns immer dagegen verwahrt, von ihnen vor die Wahl gestellt zu werden: »Paris oder Washington?«, »Paris oder London?« Eine solche Wahl treffen zu müssen, hätte gar keinen Sinn und wäre auch nicht im Interesse Frankreichs.

Wenn man es richtig macht und die Briten sich stärker in Europa engagieren, dann werden wir gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik weitere Gemeinsamkeiten entwickeln. Jetzt sind 25 Staaten in der EU. Einige müssen sich stärker an den Entscheidungsprozessen beteiligen.

Und wir müssen unser Verhältnis zu Russland klären: Wenn wir über Georgien, das Schwarze Meer, über den Südkaukasus mit Tschetschenien im Hintergrund reden, sollten wir den Russen die Angst nehmen, jedes Engagement des Westens in diesen Regionen ziele darauf ab, die russische Rolle und ihr Einflussgebiet weiter zurückzudrängen. Wir sollten sagen: ›Wir denken gar nicht mehr in Interessen- und Einflussphären. Wir wollen das *mit* euch machen. Aber wir lassen uns auch nicht gegeneinander ausspielen.‹ Wir sollten jedoch nicht den Weg fortsetzen, Sonderbeziehungen mit Russland zu kultivieren, auch nicht durch den Bau einer Pipeline durch die Ostsee, denn das spaltet die Europäer. Bedingungslos akzeptieren wir gar nichts, aber wir sind verlässliche Partner.

Klaus-Peter Sieglösch: Frau Roth, Sie betonen mit Verve, die Menschenrechte seien unteilbar. Dabei haben Sie Russland erwähnt und den Tschechenien-Krieg. Mit dem Stichwort von der »Pipeline« kommen nun die

alten polnischen Ängste vor einer Umklammerung durch die großen Nachbarstaaten hinzu. Ist die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer Annäherung an Moskau möglicherweise zu weit gegangen?

Claudia Roth: Aufgrund unserer Geschichte und der von deutschem Boden aus begangenen Verbrechen müssen wir das größte Interesse daran haben, ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zu Russland und den dort lebenden Menschen zu haben. Aber wie im Fall der Beziehungen zu den USA braucht auch ein freundschaftliches und enges Verhältnis zu Russland die kritische Solidarität.



Klaus-Peter Sieglöcher, Claudia Roth, Wolfgang Schäuble

Es wäre falsch, nicht vor beklagenswerten Entwicklungen zu warnen. Solche gefährlichen Entwicklungen sehe ich in Russland in den Formen von *gelenkter Demokratie*. In Bezug auf das Parlament z.B. ist geradezu ein Prozess der Entdemokratisierung zu beobachten. Hinzu kommen Einschränkungen für die Pressearbeit und für die Freiheit der Presse. Der Prozess gegen den ehemaligen Öl-Konzern-Chef *Chodorkowski* hatte mit einem fairen Verfahren und rechtsstaatlicher Justiz nichts mehr zu tun. Ob man in einem freundschaftlichen Verhältnis den Streit immer öffentlich führen muss, ist eine andere Frage. Auch in der Tschetschenien-Frage gibt es kein Patentrezept. Wir erinnern uns an schreckliche Gewaltausbrüche und brutale Übergriffe auf die Menschen wie z.B. in der Schule von Beslan. In Tschetschenien sind bereits 10% der Bevölkerung Opfer von tödlicher Gewalt geworden. Auch das russische Militär ist für gewalttätige Übergriffe verantwortlich. Wenn man nicht vom Willen zu einer militärischen Lösung abgeht, ist keine Friedensperspektive möglich. Das sollte unter Freunden noch deutlicher ausgedrückt werden. Im Fall der Ostsee-Pipeline aber entsteht mitnichten eine neue Achse ›Moskau-Berlin‹, die für Polen

eine Bedrohung wäre. Hier sind verstärkte nachbarschaftliche Kooperationen, gegenseitiges Verständnis und vertrauensbildende Maßnahmen nötig. Im Wahlkampf in Polen hat dagegen das Projekt des ›Zentrums gegen Vertreibung‹ eine große Rolle gespielt. Das müsste nun wirklich *ad acta* gelegt werden, und ein europäisches Netzwerk sollte an die Stelle treten. So würde in Polen und in der Tschechischen Republik Vertrauen geschaffen, denn es wäre ein europäisches Projekt und kein deutscher Alleingang.

Wolfgang Schäuble: Ich bin der Ansicht, das Zentrum gegen Vertreibungen sollte wie geplant realisiert werden. Die Präsidenten *Kwasniewski* und *Rau* haben dazu in einer gemeinsamen Erklärung gesagt: »Wir müssen uns auch jenen Elementen der Vergangenheit stellen, denen wir uns bisher noch nicht gestellt haben.« Vertreibung ist in der europäischen Vergangenheit ein noch nicht wirklich aufgearbeitetes Thema. Für jedes Land ist es wichtig, sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Deutschen mussten es tun; die Japaner haben ein großes Problem, weil sie dies bisher nicht wirklich getan haben, ihre Vergangenheit holt sie ein. Und auch das Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden Europas ist doch etwas, was uns *hilft*. Das Thema Vertreibung gehört auch mit dazu. Unter keinen Umständen darf man aber das Thema so behandeln, dass es zu einem Element der Konfrontation wird.

Das Problem der Ostsee-Pipeline wird dagegen unterschätzt. Die Vereinbarung rückgängig zu machen, geht nicht. Aber es müssen gute Argumente sein, die dafür sprechen, die Pipeline durch die Ostsee zu verlegen und nicht über Land. Wir müssen die Bedenken in Polen und in den baltischen Staaten ernst nehmen und ihnen erklären, dass dieses Projekt nicht deutsch-russischen Sonderbeziehungen dient, sondern ein gemeinschaftliches europäisches Projekt werden muss. Wir sollten lieber einmal auf einen kleinen, kurzfristigen nationalen Vorteil verzichten, denn wir Deutsche müssten doch besser als andere in Europa wissen, dass alles, was in Europa schief geht, die Deutschen betrifft. Ohne Europa aber hätten wir aus dem Tiefpunkt im Jahre 1945, von dem wir glaubten, er sei das Ende der deutschen Geschichte, nicht herausgefunden. Ohne die Polen hätten wir nicht die Wiedervereinigung. Es gibt keinen Gegensatz zwischen dem nationalen Interesse der Deutschen und der europäischen Integration, weil es nur ein vernünftiges Interesse der Deutschen gibt: dass diese europäische Integration gelingt. Darauf sollten wir unsere Politik ausrichten.

Claudia Roth: Zu dieser gemeinsamen europäischen Politik gehört aber auch die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik. Der *Türkei* hat man im Ankara-Abkommen 1963 die Perspektive eröffnet, volles Mitglied in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu werden. Dies behielt für die

Europäische Gemeinschaft bis hin zur Bildung der Union Geltung, wie alle Bundesregierungen – von Adenauer bis Kohl – immer wieder betonten. Außenminister *Fischer* hat als Argument für eine Unterstützung der Integration der Türkei die Terroranschläge des 11. September 2001 angeführt. Europa hat die große Chance, durch die Integration der Türkei in die Europäische Union ein Beispiel zu geben und zu zeigen, dass ein *Clash* der Religionen und Kulturen vermieden werden kann und dass der Islam und die Demokratie nicht notwendigerweise im Widerspruch zueinander stehen. Europa wird sicherheitspolitisch stärker, wenn es die Türkei integriert. Die Türkei wird sich nicht zuletzt durch den Beitrittsprozess demokratisieren und an Stabilität gewinnen. Eine Position, die dazu heute »Nein« sagt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Außengrenzen der Türkei mit dem Irak, mit Syrien und mit dem Iran haben 1963 dem genannten Abkommen mit der Türkei nicht im Wege gestanden. Es ist gefährlich, die Kontinuität der europäischen Argumentation aufzugeben und den Eindruck zu vermitteln, dass die Tür zugeschlagen wird. Das schwächt Europa, das doch mit einer glaubwürdigen Stimme sprechen soll.

Wolfgang Schäuble: Die Europäischen Gemeinschaften haben der Türkei seit den Assoziierungsabkommen der 1960er Jahre tatsächlich die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Insofern können wir uns Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht verweigern. Damals war aber die Entwicklung Europas zu einer politischen Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die zudem mit einer europäischen Währung auf dem Weg zu einer europäischen Armee und zu einer europäischen Verfassung ist, nicht vorstellbar. Wir sehen die Entwicklung in der Türkei positiv und betrachten sie als unterstützenswert. Zwar gibt es Probleme, aber auch große Fortschritte sind zu verzeichnen.

Ich habe aber erhebliche Zweifel, ob in den Bevölkerungen der europäischen Mitgliedsländer ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union eine Mehrheit finden würde – und das nicht erst seit dem Referendum über den EU-Verfassungsentwurf in Frankreich. Jede freiheitliche Ordnung kann den Menschen nur so viel an Solidarität und Zusammengehörigkeit zumuten, wie sie empfinden, auch wirklich zusammenzugehören. Da stehen die Osnabrücker enger zusammen als die Deutschen, und die Niedersachsen enger zusammen als die Badener in Baden-Württemberg mit den Schwaben. National geht auch noch ziemlich viel, europäisch geht schon erheblich weniger. Wir begreifen allmählich, dass wir nicht nur Niedersachsen und Deutsche, sondern auch Europäer sind; aber das braucht Zeit. Wir haben keine gemeinsame Sprache. Es gibt europäische Fernsehprogramme, aber wer schaut sie an? Die Realität, mit der Politiker es zu tun haben, sind die Menschen mit ihrem Denken und Wollen. Man muss da vorangehen

im Sinne politischer Führung: Es war eine große Leistung von Bundeskanzler Kohl, dass er für die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung geworben hat, und das in einem Wahljahr.

Ich fürchte aber, das europäische Projekt scheitert, wenn wir die Europäische Union weit über die Grenzen des europäischen Kontinents hinaus ausdehnen. Es gibt Länder, die gehören zum Teil zu Europa, zum Teil nicht, und so eines ist – neben Russland – die Türkei. In den Mittelmeerlandern und auf dem Balkan hat der Islam über Jahrhunderte eine große Rolle gespielt. Heute leben in Deutschland viele Mitbürger islamischer Religionszugehörigkeit. Trotzdem sind Europa und Deutschland, sind unsere Zivilisation und Kultur mehr vom Christentum als vom Islam geprägt. Deswegen sollten die Verhandlungen mit der Türkei nicht auf die Alternative: volle Mitgliedschaft oder gar nichts reduziert werden.

Es muss auch eine dritte Möglichkeit geben, denn die Verhandlungen sind ergebnisoffen. Die Frage ist sogar, ob nicht das Ziel, der islamischen Welt Demokratie, Menschenrechte, Toleranz und Aufklärung zu bringen, durch eine EU-Mitgliedschaft der Türkei gefährdet würde. Denn dies würde die Türkei von der übrigen islamischen Welt eher trennen.

Wenn die Türkei eine Brücke zwischen Europa und der islamischen Welt sein soll, ist es vielleicht besser, sie ist *nicht* volles Mitglied in Europa. Denn dann wäre sie keine Brücke mehr zwischen Europa und der islamischen Welt, sondern ein Teil Europas. Am Ende der Beitrittsverhandlungen wird die Türkei vielleicht feststellen, dass sie mehr aufgeben müsste, um EU-Mitglied zu werden, als sie kann. Ob der von *Atatürk* mit harter Hand durchgesetzte Weg in die Moderne, zu Demokratie und laizistischer Rechtsstaatlichkeit, den nicht das Verfassungsgericht, sondern das Militär garantierte, weiterverfolgt werden könnte, ist fraglich. Die Rolle des Militärs muss reduziert werden, wenn die Türkei nach Europa kommen will. Es muss auch eine andere Lösung möglich sein, die seriös ist und die Interessen Europas und der Türkei berücksichtigt. Deswegen möchten wir ergebnisoffene Verhandlungen, nicht mehr und nicht weniger.

Klaus-Peter Sieglöch: Herr Schäuble, könnte das Ergebnis »ergebnisoffener Verhandlungen«, wenn überzeugende Fortschritte erzielt werden, am Ende auch eine Mitgliedschaft der Türkei sein?

Wolfgang Schäuble: Wir halten die privilegierte Partnerschaft für die bessere Lösung. Am Schluss muss es aber eine gemeinsame Entscheidung aller geben. Wenn am Ende das Ergebnis sein sollte, dass eine große Mehrheit in der EU dem Beitritt der Türkei zustimmt, werden wir sicherlich kein Veto einlegen.

Claudia Roth: Ich engagiere mich seit vielen Jahren in der Türkei-Politik, unter anderem als Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe. Ich setze mich leidenschaftlich dafür ein, dass die Menschen- und Minderheitsrechte in der Türkei geschützt werden und dass die kemalistischen Tabus wie die Kurden-Frage, die Zypern-Frage und auch die Frage der Verbrechen an den Armeniern endlich aufbrechen. Deswegen bin ich dafür, dass wir der Türkei die glaubwürdige Perspektive auf die EU-Mitgliedschaft bieten, denn sie hat die Dynamik der Veränderung möglich gemacht. Sie hat Türen geöffnet und dazu beigetragen, dass die Todesstrafe dort abgeschafft wurde. Ich möchte, dass man in der Türkei über die eigene Geschichte reden kann, anstatt sie zu verdrängen. Als Voraussetzung für eine demokratische Zukunft bin ich für die EU-Integration.

Publikum: Ihre Fraktion, Herrn Dr. Schäuble, mag zum Irak-Krieg beschlossen haben, was sie beschlossen hat. Aber wenn Frau *Merkel* in die USA reist und sagt, dass Kanzler *Schröder* nicht für alle Deutschen spreche, dann scheinen sich politische Entscheidungen und politische Realität zu widersprechen.

Wolfgang Schäuble: Frau Merkel hat bei ihrem Besuch in Washington gesagt: »Wir stehen an der starken Seite von Amerika.« Das hat übrigens auch der Bundeskanzler ganz ähnlich gesagt. Der Krieg war ein Fehler, ich hätte ihn gern verhindert gesehen. Aber niemand wollte, dass die Amerikaner den begonnenen Krieg verlieren. So haben wir alle das Interesse, dass am Ende ein Erfolg steht.

Auch mit dem Blick in die Geschichte – z.B. in die Zeit, als es um die Sicherheit der Zufahrtswege nach Berlin ging – halte ich es immer noch für richtig, dass wir uns auf die Seite der Amerikaner stellen, denn man hätte sich häufig auch nicht auf so manche andere europäische Nation verlassen können. Wir leben in Freiheit und jetzt im wiedervereinten Deutschland. Deshalb ist es richtig, den Amerikanern zu sagen: Selbst wenn ihr Fehler gemacht habt, sind wir an eurer Seite und nicht an der Seite anderer.

Im Übrigen haben wir in der CDU/CSU in den letzten sieben Jahren allen Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung, Soldaten der Bundeswehr zu entsenden auf den Balkan, nach Afghanistan und ans Horn von Afrika, immer zugestimmt. Diese Politik, das wurde in den Koalitionsvereinbarungen festgehalten, soll fortgesetzt werden. Die Kontinuität, die wir in den wesentlichen Fragen der Außenpolitik meistens hatten, wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Claudia Roth: Wenn es richtig ist, dass Umweltpolitik globale Friedenspolitik ist, ist die Notwendigkeit der *ökologischen Modernisierung* unbe-

streitbar. Meine Bitte an Herrn Schäuble als designierten Innenminister ist, dass die Frage, ob wir den Reichtum teilen oder uns einmauern wollen, in der Flüchtlingspolitik immer wieder gestellt wird. Die Bilder verzweifelter Flüchtlinge, die wir vom Rande Europas erhalten, und die Vorschläge, dort Außen- und Auffanglager für Flüchtlinge zu errichten, zeigen nicht die gemeinsame Verantwortung auch für Fluchtursachen, geben den Gesamtzusammenhang nicht wieder. An Fluchtursachen anzusetzen und nicht Flüchtlinge zu bekämpfen, ist unsere Aufgabe.

Wolfgang Schäuble: Allein mit Abgrenzung ist dieses Problem sicher nicht zu lösen. Aber auch nicht dadurch, dass alle Menschen, die arm sind, nach Europa kommen. Meine Politik, die ich schon als Bundesinnenminister in den 1980er Jahren vertreten habe, war, die Fluchtursachen wirkungsvoller zu bekämpfen. Deswegen wird Afrika unsere europäische Aufgabe werden. Viele Afrikaner sehen keine andere Lebensmöglichkeit für sich, als von diesem Kontinent zu fliehen. Wir müssen dafür sorgen, dass sich dies ändert, denn der Kontinent braucht dringend seine Menschen, besonders die tüchtigen. Auch sie sind Ressourcen seiner künftigen Entwicklung.